

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 71 (1984)
Heft: 15: Werterziehung in der (öffentlichen) Schule

Rubrik: Aus den Kantonen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus den Kantonen

Zürich:

Abschaffung des «Obli» ab Schuljahr 1986/87

Ab 1985 wird in einzelnen Klassen der Unterstufe und der Sekundar- und Realschule ein Modell für Handarbeits- bzw. Haushaltkundeunterricht für Knaben und Mädchen erprobt. An der Mittelschule soll auf 1987 eine beschränkte Koedukation eingeführt werden. Dieses Vorgehen, das Erziehungsdirektor Gilgen an einer Pressekonferenz erläuterte, resultiert aus der Vernehmlassung zum Konzept eines für Schüler beider Geschlechter gleichen Unterrichtes. Das «Obli» wird voraussichtlich 1986 abgeschafft.

Das Konzept Handarbeit und Haushaltkunde für Mädchen und Knaben der Erziehungsdirektion, eine «Maximalforderung» ohne eingehende Abklärung der Durchführbarkeit, wurde in der Vernehmlassung deutlich abgelehnt. Das Ziel des Konzeptes – gleiche Stundenzahl und gleiches Bildungsangebot für Knaben und Mädchen – blieb unbestritten. Die Einwände erfolgten vielmehr zu einer Vielzahl von Einzelpunkten, und es wurde eine Überarbeitung des Konzeptes verlangt.

Koedukation erst ab der 2. Klasse

Ein schon den Erstklässlern beider Geschlechter gemeinsam erteilter Handarbeitsunterricht wurde in der Vernehmlassung zum Beispiel nicht für erforderlich befunden. Das Modell, das Gemeinden, die über die nötigen Räumlichkeiten und Lehrkräfte verfügen, ab 1985/86 erproben können, sieht eine Koedukation in diesem Bereich daher erst ab dem 2. Schuljahr vor. Der Unterricht wird von der Handarbeitslehrerin während zweier Wochenstunden in Halbklassen erteilt; die Handarbeitsstunden werden auf die heute gültigen Stundentafeln aufgestockt.

Kompromisslösung für die Mittelstufe

Am Konzept wurde namentlich auch die Wahlpflicht für die Schüler der Mittelstufe kritisiert. Diese hätten sich mit dem Eintritt in die 4. Klasse für einen vertiefenden Unterricht entweder in Werken mit Metall und Holz oder in textiler Handarbeit zu entscheiden gehabt. Statt dieser für die Dauer der ganzen Mittelstufe verbindlichen Wahl – sie wurde als Überforderung der Schüler bezeichnet – wurde ein Abwahlverfahren vorgeschlagen. Neben zwei Wochenstunden gemeinsam erteilten Handarbeitsunterrichtes werden für weitere zwei Wochenstunden Knabenklassen in Werken und Mädchenklassen in textiler Handarbeit geführt, wobei auf Antrag hin

Mädchen ins Werken und Knaben in die textile Handarbeit überwechseln können. Eine volle Koedukation an der Mittelstufe wurde in der Vernehmlassung weitgehend abgelehnt...

Überlastete Stundentafeln an der Oberstufe

An der Oberstufe lässt sich der Einbau der Handarbeit und zusätzlich der Haushaltkunde für alle Schüler nur im Zusammenhang mit der Revision der Lehrpläne, die bis 1990 abgeschlossen sein soll, bewerkstelligen. Ohne weitergehende Änderungen würden die Stundentafeln mit dem zusätzlichen Unterricht zu stark belastet, und allein schon der Vorschlag, ihn auf Kosten anderer Fächer durchzuführen, hat unter den Lehrern eine breite Gegnerschaft auf den Plan gerufen.

Im Hinblick auf die geplante Aufhebung der obligatorischen hauswirtschaftlichen Fortbildung drängt sich für die Haushaltkunde eine mindestens provisorische Lösung auf. Im Rahmen eines Schulversuches soll interessierten Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, mit nur geringfügiger Änderung der Stundentafeln in Sekundar- und Realschulklassen während dreier Wochenstunden in gemischten Klassen Haushaltkunde zu unterrichten. In der Sekundarschule kann dieser Unterricht wahlweise in der 1. oder 2. Klasse erfolgen, während die Stundentafeln der Realschule einen zweijährigen Versuch in der 1. und 2. Klasse zulassen; der bisherige Pflichtunterricht für Mädchen in der 3. Realklasse entfällt.

Für die Erprobung der neuen Unterrichtsformen an der Unterstufe und für den Oberstufenschulversuch wird je eine Projektgruppe gebildet. Sie hat zur Aufgabe, sofort erste inhaltliche Grundlagen für den Unterricht zu erarbeiten, deren Erprobung zu begleiten und im Kontakt mit den Lehrern die Projekte weiterzuentwickeln.

Freiwillige Kurse statt Fortbildungsobligatorium

Die Aufhebung des Hauswirtschaftsobligatoriums bedarf einer Gesetzesänderung (Volksabstimmung). Der Gesetzesentwurf ist in Vorbereitung. Er enthält drei Hauptpunkte, nämlich die Aufhebung des «Obli», ein Übergangsrecht für die Zeit des Einbaus der entsprechenden Fächer in die Volksschule (flexibler Übergang) sowie die Schaffung freiwilliger Fortbildungskurse. Vorgesehen ist ein Angebot an Kursen für Erwachsene und schulentlassene Jugendliche in den Bereichen Haushalt und Familie und ein Jahreskurs für Schulentlassene zur hauswirtschaftlichen Weiterbildung und zur Förderung der Berufsreife.

Das neue Gesetz soll Ende 1985 zur Volksabstimmung gelangen; mit dem Inkrafttreten ist frühestens zu Beginn des Schuljahres 1986/87 zu rechnen. Voraussetzung für die Entlassung aus der Fortbildungspflicht wird eine ausreichende Anzahl Unterrichtsstunden in Haushaltkundeunterricht an der Volksschule sein. Im Unterschied zu den Sekundarschülerinnen erfüllen Schülerinnen der Ober- und der Realschule diese Bedingung bereits jetzt und werden bei Inkrafttreten des Gesetzes ohne Verzug von der Fortbildungspflicht enthoben.

In der Vernehmlassung der Koedukation an der Volksschule hatte auch der Nichteinbezug der Mittelschulen zu Kritik Anlass gegeben. Diese Frage ist, wie Gilgen ausführte, noch nicht gelöst. In den Langzeitgymnasien wird der entsprechende Unterricht derzeit blockweise in Internatskursen erteilt, und zwar den Schülern beider Geschlechter. Man zeigt dort keine grosse Lust, dieses Modell, das sich bewährt hat, aufzugeben und statt dessen die Stundenpläne mit zusätzlichem Unterricht zu belasten. bi in: NZZ vom 4.10.84 (gekürzt)

Kritik der Kantonsrätinnen

Die Zürcher Kantonsrätinnen aller Fraktionen geben in einem Brief an den Regierungsrat und den Erziehungsrat ihrer Enttäuschung über den Erziehungsratsentscheid bezüglich der Gleichstellung von Mädchen und Knaben im Handarbeitsunterricht Ausdruck. Zwar sei man offenbar bereit, auf der Unterstufe einen gemeinsamen Unterricht einzuführen, doch bereits in der Mittelstufe kapituliere man vor den Schwierigkeiten, sei dort doch die Beibehaltung geschlechtsspezifischen Unterrichts vorgesehen.

Erst recht kommen die Angst vor dem eigenen Mut und der Mangel an Konsequenz in der «Nichtreglung» für die Oberstufe zum Ausdruck, wo Probleme mit der Stundentafel und der Druck der Lehrerschaft eine sinnvolle Weiterführung des auf der Unter- und Mittelstufe Begonnenen verhinderten. Den Kantonsrätinnen erscheint es falsch, mit der Einführung der vollumfänglichen Koedukation bis zur endgültigen Bereinigung der Stundentafel zuzuwarten; es sei vielmehr auf Erfahrungen aufzubauen und pragmatisch vorzugehen.

Eine Vorverlegung des entsprechenden Unterrichts an den Mittelschulen in die obligatorische Schulzeit halten die Kantonsrätinnen nicht für zwingend, habe man doch mit den bisherigen (nicht nach Geschlechtern getrennten) Kursen überwiegend gute Erfahrungen gemacht. Vordringlich erscheint den Parlamentarierinnen schliesslich die Gesetzesvorlage zur Aufhebung des «Obli». Sie hoffen, dass der vorgeschlagene Zeitplan eingehalten wird, erwarten aber zusätzlich vom Erziehungsrat sachgerechte Entscheide und konkrete Schritte auf allen Stufen. bi in: NZZ vom 9.10.84

Zürich: Die Stadt Zürich will 52 Lehrer-Stellen abbauen

Die Zentralschulpflege der Stadt Zürich hat sich mit dem Antrag der Schulpräsidentenkonferenz, im kommenden Jahr 52 der 1090 Lehrer-Stellen aufzuheben, einverstanden erklärt, wie Schulvorstand Kurt Egloff mitgeteilt hat. Den endgültigen Entscheid haben jetzt der Stadtrat und der Erziehungsrat zu fällen.

Stadtrat Kurt Egloff betonte, dass dieser Abbau keine Sparübung darstelle, sondern bedingt sei durch den Rückgang der Schülerzahlen um voraussichtlich 784 Schüler und durch die Absicht, in der Regel bei neuen Klassen (1. und 4. Klassen sowie 1. Klassen der Oberstufe) einen Schülerbestand von 20 vorzusehen; in 52 neu gebildeten Klassen werden trotzdem weniger als 18 Schüler sitzen, sei es, weil man ihnen keinen allzu weiten oder gefährlichen Schulweg zumuten will, sei es, dass man auf die Zahl der fremdsprachigen Schüler Rücksicht nimmt. Die SP-Fraktion in der Zentralschulpflege hat gegen den Abbau um 52 Stellen protestiert.

Auch Junglehrer sollen Chancen haben

Egloff versicherte, dass ihm das Schicksal von Lehrern, die im kommenden Frühjahr keine Stelle als Verweser oder Vikar finden, nicht gleichgültig sei. Er will sich daher dafür einsetzen, dass die Möglichkeit der freiwilligen vorzeitigen Pensionierung für Lehrer, die sich schon vor dem Erreichen des regulären AHV-Alters «ausgebrannt» vorkommen, attraktiver gestaltet wird, zum Beispiel durch eine finanzielle Leistung von Stadt und Kanton zusätzlich zur Pension, die der vorzeitig pensionierte Lehrer erhält. Egloff betonte, diese Lösung koste die öffentliche Hand nicht einmal etwas, weil die Junglehrer weniger hohe Löhne erhalten als bestandene Lehrer. Ausserdem hat Egloff den Erziehungsdirektor aufgefordert, bei der Gewährung von ganzzjährigem Urlaub grosszügig zu sein; bisher ist Urlaub in der Regel nur für ein Viertel- oder ein Halbjahr gewährt worden. Eine weitere Möglichkeit, um jungen Lehrern den Einstieg ins Berufsleben zu gewährleisten, sieht Egloff in der Aufteilung einer Stelle auf zwei Lehrer, doch meinte er, diese Lösung werde sich nur in wenigen Fällen anbieten.

«Es darf nicht so weit kommen, dass wir vier oder fünf Jahre lang keine Junglehrer mehr einstellen können», sagte Egloff. So lange wird nämlich die Schülerzahl in der Stadt Zürich weiter rückläufig sein.

Ferner erklärte der Zürcher Schulvorstand, seiner Ansicht nach könne es nicht in Frage kommen, dass man die durchschnittliche Schülerzahl je Klasse auf die Richtzahl von 25 erhöhe, wie das ein im Kantonsrat eingereichtes Postulat anstrebt. Für nicht realistisch hält Egloff auch die Meinung der Hayek-

Leute, welche fanden, im Schulamt könne man 27 Millionen Franken einsparen: Das wären umgerechnet 320 Lehrer-Stellen. Ein derartiger Aderlass sei völlig ausgeschlossen.

Protest des VPOD

Die Zürcher Sektion Lehrberufe des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) protestiert in einem Communiqué vehement gegen jeden Stellenabbau. In der Mitteilung ist von einer «immensen» Arbeitslosigkeit im Schulbereich die Rede. Tatsächlich sind beim städtischen Arbeitsamt gegenwärtig 5 Primarlehrer und 16 Primarlehrerinnen als arbeitslos gemeldet. Dazu kommt allerdings gemäss den Ausführungen von Rolf Krämer, dem Leiter des Arbeitsamtes, eine «versteckte» Arbeitslosigkeit, indem eine unbekannte Anzahl von Lehrern mangels genügender Anstellungsmöglichkeiten im Schulbereich in anderen Berufen tätig sind. Auch ist es für Frauen, welche sich nach der Erziehung ihrer Kinder wieder dem früher ausgeübten Lehrerberuf zuwenden möchten, sehr schwierig, eine Anstellung zu finden. Im nächsten Frühling werden zudem wieder zahlreiche Absolventen der Lehrerseminare eine Stelle suchen.

Die VPOD-Lehrergruppe hält es für richtig, statt der Zahl der Lehrstellen, die Klassenbestände weiter herabzusetzen, und zwar auf eine Richtzahl von 12 bis 16 Schüler, den «individualisierten Unterricht» auszubauen, weitere Tagesschulen einzurichten und Schulreformen durchzuführen. Die Zürcher Schulpräsidenten hingegen haben sich auf eine Richtzahl von 20 Schülern pro Klasse geeinigt, in der Meinung, eine Klasse mit deutlich weniger als 20 Schülern bringe nicht weniger, sondern eher mehr Probleme.

abr. in: NZZ vom 4.10.84 (gekürzt)

Luzern:

Kindertheater in Kinderschulen

Am Schweizerischen Kinder- und Jugendtheater-Treffen in Luzern fand ein öffentlicher Informationsabend statt, der die Situation des Kindertheaters in der Innerschweiz beleuchtete. Jörg Niederberger und Paul Steinmann präsentierten Zahlen und Meinungen von Betroffenen, gemischt mit viel Humor. Warum führen in unserer Region die Kinder- und Jugendtheater ein so einsames Dasein? Und sind Kindertheater für Kinder notwendig? Diese zwei Fragen dienten Jörg Niederberger und Paul Steinmann als Ausgangspunkt zu ihrem Informationsabend. Es wurde keine «trockene» Veranstaltung, wie der Inhalt vermuten lassen könnte. In lockerer Form wurden Aussagen von Kindern vom Tonband abgespielt, und es kamen geladene Gäste zu Wort. Einige Originaleinblendungen aus einer Umfrage bei Innerschweizer Schülern bildeten den Auftakt

zur Frage, ob bei Kindern ein Bedürfnis nach Theatervorstellungen bestehe. Daraus leitete sich die grundsätzliche Frage ab, ob Theater überhaupt notwendig sei für Kinder. Der Sozialpädagoge Werner Fritschi antwortete als erster «Studiogast»: Aus pädagogischer Sicht gibt es zwar keine Beweise für die Notwendigkeit des Kindertheaters, aber es sprechen viele Belege dafür. Je mehr sich der Theaterinhalt mit dem Lebensthema deckt, das Kinder im Alltag erleben und sie beschäftigt, desto stärker können sich die jungen Zuschauer in das Theaterspiel versetzen.»

Das Ziel der Theaterpädagogen wäre demnach, die Kinder an einen solchen Punkt zu holen. Denn auf diese Weise könnten Kinder im Theater für ein Problem sensibilisiert werden, erklärte Werner Fritschi.

Theater in der Schule

Lisa Bachmann, Mitglied der Luzerner Kontaktstelle für Kinder- und Jugendtheater und Schauspielerin bei Luki*ju, machte als Primarlehrerin die Erfahrung, dass sich Kinder beim Theaterspiel völlig lösen und darin entfalten können. Diese Beobachtung sei für sie auch die Motivation gewesen, sich fürs Kindertheater einzusetzen, meinte Lisa Bachmann, die am städtischen Lehrerseminar das Freifach Schulspiel unterrichtet. «Um so entmutigender ist es aber, wenn professionelle Theater das Kindertheater nur zweitrangig behandeln und dafür nur wenig Geld ausgeben wollen.» Zu den «Dämpfern» gehörten auch die vollen Stoffprogramme in den Schulen, die keinen Freiraum für Theaterspiele zulassen.

Margrit Bischof von der Gruppe onddrom ergänzte das Kapitel «Theater in der Schule» mit dem Hinweis auf die finanziellen Verhältnisse. Die Schulen hätten kein Geld, wenn es darum ginge, eine Theatergruppe zu engagieren.

Das liebe Geld

Ein Thema schälte sich allmählich klar heraus: Die Finanzen. Zu diesem Aspekt kam Robert Schiltknecht, Stadtrat und Erziehungschef von Luzern, in einem aufgezeichneten Interview zu Wort. Sein Grundtenor klang sehr positiv; er sei gerne bereit, Projekte im Bereich des Kinder- und Jugendtheaters finanziell zu unterstützen: «Die Kultur macht das Leben erst lebenswert!» Dazu käme der erzieherische Wert, den man nicht verleugnen könne.

Auch eine telefonische Umfrage bei allen Innerschweizer Erziehungsdirektoren nach ihrer Meinung zum Kindertheater ergab eine erfreuliche Bilanz. Kein Regierungsrat sprach sich dagegen aus, doch noch lange nicht alle wussten, worum es sich beim Kindertheater handelt. Die Erziehungsdirektoren betonten jedoch, dass Kinder- und Jugendtheater Angelegenheit der Gemeinden, Schulen und der Lehrer sei, sie selber dazu aber nichts beitragen wollen (ausser Luzern).

... oder kein Interesse?

Die Initiative liegt also bei den Lehrern. Und wie sieht es da aus? Jörg Niederberger und Paul Steinmann schrieben 75 Schulen in der Innerschweiz mit einem Fragebogen zum Thema Kinder- und Jugendtheater an; lediglich 28 antworteten! Ein Beweis für die Interesselosigkeit seitens der Lehrer? Der Rektor des städtischen Seminars, Hermann Suter, erläuterte, was den angehenden Lehrern im Bereich des Theaters auf den Weg gegeben wird. Seinen Seminaristen bietet sich die Gelegenheit, das Freifach «Schulspiel» zu besuchen. Doch das Freifach werde wegen der grossen Zahl an obligatorischen Schulstunden nicht stark frequentiert, gab Suter zu. Barbara Gysi in: LNN vom 24.9.84

Uri:

Mittelschulbildung im Kanton Uri

Seit einigen Jahren verfolgt der Kanton das Ziel, für die Jugendlichen aller Regionen, sozialen Schichten und Schulstufen das Angebot für vielfältige und möglichst vollwertige Bildungschancen weiter auszubauen. Der Mittelschulpolitik der letzten 15 Jahre lag diese Zielsetzung zugrunde. Dazu gehörten u.a. Einführung des Realgymnasiums (Typus C), Zusammenlegung der früheren zwei Mittelschulen (Kollegium Karl Borromäus und Mariannhiller Gymnasium St. Josef), um für alle Schüler die eidgenössische Maturitätsanerkennung zu erreichen, Kantonalisierung der Mittelschule, zeitgemässe Sanierung der Schulanlagen. Dazu gehörten aber auch der Beitritt zur interkantonalen Hochschulvereinbarung, der Ausbau des Stipendienwesens und die Subventionierung von Schülertransportkosten für die Unterstufe. Zu erwähnen sind die Schaffung neuer Schulabteilungen, die keine maturitätsgebundene Ausbildung bieten: die Weiterbildungsschule und die Diplomhandelsschule. Die Schülerzahl hatte im Schuljahr 1983/84 mit 539 Schülern einen absoluten Höchststand erreicht, der allerdings bereits im nächsten Schuljahr wieder auf 506 Schüler zusammengeschrumpft ist. Die Schülerzahl ist heute praktisch gleich gross wie vor 10 Jahren. Was sich aber verdoppelt hat, ist der Anteil der studierenden Mädchen: vor 10 Jahren 19%, heute 37,5%. Gesamtschweizerisch ist der Anteil rund 45%.

Trotz markanter Verbesserung der Ausbildungschancen hat sich der Zugang zur Mittelschule eigentlich nicht gross verstärkt. Der vermehrte Anstieg der Mädchenbildung hat einen gewissen Ausgleich mit den rückläufigen Schüler- bzw. Geburtenzahlen gefunden.

Uri hat nicht zu viele Mittelschüler

Leider ist es eine Tatsache, dass sich die Beschäftigungsaussichten der jungen Hochschulabsolven-

ten in den letzten Jahren merklich verschlechtert haben. Den «Sündenbock» hat man bereits gefunden: Die Mittelschulen! Und prompt wird als Lösung vorgeschlagen, die Tore der Mittelschule enger zu machen. Eine solche Massnahme wäre sicher zuletzt in einem Kanton angebracht, dessen «Maturandenquote» heute bereits sehr tief ist. Dazu gehört der Kanton Uri. Mit einer Quote von 6,1% (schweizerischer Durchschnitt: 11,7%) hat Uri den drittkleinsten Anteil aller Kantone. Die nachfolgende Tabelle mag dies verdeutlichen.

Kantone mit hoher Maturandenquote

Genf	22,6 %
Basel-Stadt	21,0 %
Basel-Landschaft	16,8 %
Tessin	15,9 %
Zürich	14,3 %
Neuenburg	14,2 %
Schaffhausen	12,6 %

Kantone mit durchschnittlicher Maturandenquote

Waadt	12,0 %
Zug	11,7 %
Wallis	11,5 %
Aargau	11,3 %

Kantone mit tiefer Maturandenquote

Freiburg	9,8 %
Appenzell A.-Rh.	9,8 %
Solothurn	9,6 %
Bern	8,4 %
Glarus	8,2 %
Obwalden	7,7 %
Graubünden	7,7 %
Jura	7,5 %

Kantone mit sehr tiefer Maturandenquote

Luzern	7,3 %
Schwyz	7,3 %
St. Gallen	7,1 %
Thurgau	7,1 %
Uri	6,1 %
Appenzell I.-Rh.	4,3 %
Nidwalden	4,3 %

Kommentar: Die Zahl der im Jahr 1983 in einem bestimmten Kanton wohnhaften Maturanden wird in Beziehung gesetzt zur Zahl der im gleichen Jahr 19-jährigen Wohnbevölkerung dieses Kantons (Jahrgang 1964 gemäss Volkszählung 1980). Erfasst sind sowohl die eidgenössisch anerkannten kantonalen Maturitäten als auch die von der Eidgenössischen Maturitätskommission ausgestellten Ausweise und die eidgenössisch nicht anerkannten kantonalen Maturitäten.

(Durchschnitt Schweiz: 11,7%)

Diese Daten wurden der Maturandenstatistik des Bundesamtes für Statistik des Jahres 1983 entnommen. Sie sprechen eine deutliche Sprache. Auch wenn wir viel für unsere Mittelschulen geleistet haben, darf das doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir im schweizerischen Vergleich recht bescheiden dastehen.

Robert Fäh
in: «Urner Schulblatt», Oktober 1984

St. Gallen:
Jahresbericht der Pädagogischen Hochschule St. Gallen (PHS) 1983/84
(Auszug)

Der Rektor der Pädagogischen Hochschule St. Gallen (PHS), Prof. Dr. Alfred Noser, blickt im Jahresbericht 1983/84 auf das vergangene Ausbildungsjahr zurück. Aus dem Jahresbericht möchten wir fünf Schwerpunkte betonen.

Die PHS soll in der Stadt St. Gallen bleiben

Im Geleitwort betont der Rektor, dass das Ziel jeder Ausbildungsstätte darin besteht, Menschen zu bilden, die denken, fühlen und handeln können, als einzelne und in der Gemeinschaft. Solch ganzheitliche Ausbildung erfordert eine doppelte Zielsetzung. Bei der Ausbildung von Sekundar- und Reallehrern geht es erstens um eine gute fachliche, didaktische und musische Ausbildung. Die zweite Zielsetzung geht von der Sinndeutung des Menschseins aus und strebt eine fundierte pädagogische Ausbildung an. Die Erfüllung des Doppelauftrages bedarf aber eines wohlgestalteten Rahmens.

Seit 1867 befindet sich die Lehrerausbildungsstätte für Sekundarlehrer in den Räumen der Kantonschule. Als die Schule noch klein und übersichtlich war, konnte der Bildungsauftrag mit der doppelten Zielsetzung auch gut erfüllt werden. Dies hat sich durch die Verlängerung der Ausbildung, die Schaffung einer Ausbildungsstätte für Sekundar- und Reallehrer und durch die Öffnung der Zulassung radikal geändert. Wir möchten an dieser Stelle den Behörden danken, die aufgrund eines Augenscheines klar festhielten: «Das Erreichen der Ausbildungsziele ist wegen der erschwerten Arbeitsbedingungen infolge der Raumknappheit in Frage gestellt. Dieser Zustand muss geändert werden». Der Dank gilt vor allem dem Regierungsrat und dem Stadtrat, die mit gemeinsamen Anstrengungen alles daran setzten, die PHS in der Stadt zu behalten und ihr einen den heutigen Bedürfnissen der Lehrerbildung entsprechenden Rahmen zu geben, der im Sinn des Gesetzgebers zum Wohl unserer Jugend realisiert werden soll.

Sekundarlehrerausbildung (SLA)

Im Berichtsjahr 1983 konnte das vierte und fünfte Semester des neuen Ausbildungsganges für Sekundarlehrer realisiert werden. Neu kann die Diplomprüfung in zwei Teilen abgelegt werden.

Der fachwissenschaftliche Unterricht erweitert den persönlichen Horizont und ermöglicht, dass der Unterricht auf der Sekundarstufe I fachlich einwandfrei gestaltet werden kann. Der berufspraktische und musische Bereich erfuhr durch neue und erweiterte Unterrichts- und Ausbildungsteile die gewünschte Vertiefung. An zwei Kurstagen wurden rund 40 sanktgallische Sekundarlehrer für die Leitung eines Praktikums ausgebildet. Bevor ein Absolvent die PHS verlässt, hat er aufgrund des neuen Ausbildungsganges unter Aufsicht und fachmännischer Betreuung rund 100 Stunden Schule gehalten.

Reallehrerausbildung (RLA)

Es gehört zur Tradition der Reallehrerausbildung, dass eine enge Verzahnung zwischen der fachspezifischen und berufspraktischen Ausbildung angestrebt wird. Es zeigt sich, dass sich dieser Ansatz sehr gut bewährt. Neben der eigentlichen Fachausbildung im wissenschaftlichen, berufspraktischen und musischen Bereich erhält der zukünftige Reallehrer einen fundierten Unterricht im Werken und Gestalten.

Die Fortbildung der eigenen Lehrkräfte ist ein wichtiges Anliegen der PHS. An einem Studientag widmeten sich alle Dozenten und Praktikumsleiter dem Bericht «Die Ausbildung der Lehrer für die Sekundarstufe I». Am Schluss der Ausbildung hatten die Studierenden Gelegenheit, Rückschau zu halten. Ein solches Forum führt zu neuen Impulsen und schafft Mut für neue Aktivitäten.

Zusammenarbeit

Im vergangenen Jahr konnte die Zusammenarbeit vor allem mit der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und mit der Pädagogischen Arbeitsstelle intensiviert werden.

PHS als ostschweizerisches Ausbildungszentrum

Mit der Hochschulanerkennung durch den Bundesrat und der jüngsten Entwicklung wurde die PHS zu einem ostschweizerischen Zentrum für die Sekundar- und Reallehrerausbildung. Die PHS entlastet die Universität Zürich und leistet damit ihren Beitrag an das gesamtschweizerische Hochschulwesen.

Der eben erschienene Bericht der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) unterstreicht das Ausbildungskonzept der PHS und betont die gemeinsame Ausbildungsstätte für Sekundar- und Reallehrer mit der «fachwissenschaftlichen und erziehungswissenschaftlich-didaktischen Ausbildung unter einem Dach».